DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN SCHREIBMASCHINEN

NORDDEUTSCHE FRESSE

NR Sieben

FEBRUAR 1975

2. Jahrgang

Inflationspreis: 0,7 oDM

TERRORISTEN ÜBEN MIT DER SCHREIBMASCHINE:

WER SCHAFFT MEHR ALS 1oo ANSCHLÄGE?

SONDERNUMMER ZUR FAHRPREISERHÖHUNG

Fahrpreiserhöhung
Fahrpreiserhöhung
Fahrpreiserhöhung

ÜBERBLICK ÜBER ALLE KOMITEES

ANARCHO-MUND TUT WAHRHEIT KUND !

ANZEIGE

VERLAG FREIE GESELL-SCHAFT

anarchistische texte

6 frankfurt18, Postfach 0132

Diese Broschüren,sowie die FREIE PRESSE und die BEFREIUNG sind auch über uns zu beziehen.

Erschienene Bücher:

Was ist eigentlich Anarchie?
Eine Einführung in die Geschichte, Theorie und Praxis des Anarchismus
1oo Seiten DM 2,--

Rudolf Rocker: Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus
48 Seiten DM 1,5o

P.J. Proudhon: Was ist das Eigentum
Bd. 1 118 Seiten DM 3,--

Kurzbiografien und Kommentare von bekannten Anarchisten
8o Seiten DM 2,--

Borgius: Ideenwelt des Anrchismus
8o Seiten DM 2,5o

Neuerscheinungen:

Wil. Reich: Hör zu,Kleiner Mann
92 Seiten DM 4,--

J. H. Mackay: Sturm
Sozialrevolutionäre Gedichte
1oo Seiten DM 5,--

B.R. Tucker: Staatssozialismus und Anarchismus
34 Seiten DM 1,5o

Bio- und Bibliografie von Max Nettlau, 3o Seiten DM 1,5o

F. Constantini: Bilder aus der Geschichte des Anarchismus
DM 1,5o

Sexpol
(Paul Albrecht, Madlène Vernet Emma Goldmann) ca- 1oo S. DM 5,--

---

NORDDEUTSCHE FRESSE

HerausgeberAnschrift des Redaktionskollektivs und presserechtlich verantwortlich:
Gerhard Knapienski 3 Hannover Steintorfeldstr.4

Fotos: von der APH(ANARCHO PRESSE HANNOVER) soweit nicht anders gekennzeichnet
Meldungen,die mit ID gekennzeichnet sind,haben wir vom Informationsdienst, der erscheint in Frankfurt,Homburgerstr.36,übernommen
Meldungen,die gekennzeichnet sind,geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektives wieder,alle Rechte bleiben dann bei den Verfassern
Die NORDDEUTSCHE FRESSE erscheint monatlich.
Die Redaktionssitzungen sind meistens öffentlich,und werden bekanntgegeben
Einzelbestellungen werden nur als Abos gegen Vorauszahlung von 12DM für 12 Ausgaben durchgeführt,Lieferbedingungen für Buchläden und arbeitende Gruppen auswärts werden auf Anfrage mitgeteilt
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. o3/74
Alle Zahlungen mit befreiender Wirkung nur auf Postscheckkonto:
Gerhard Gansert 3 Hannover Kontonummer: Han 4106 15-306
Auflage z.Z. 5oo
Druck: Eigendruck
Preis o,5oDM
Buchläden zzgl.Porto

Liebe Leser
Thema dieser NF ist die fahrpreiserhöhung. Alle leser,die das wort schon nicht mehr hören können,möchten wir auf die nächste NF vertröstem,die verstärkt andere meldungen enthalten wird.Wie man am titelblatt sieht haben wir unsere schreibmaschine in die luft gesprengt.Die aus kostengründen massenhaft im voraus gedruckten titelblätter sind mit dieser oder spätestens der nächsten NI aufgebraucht.Die NF wird dann in zukunft ein schöneres titelblatt bekommen.
Herzlichen dank an alle genossen,die uns mit spenden unterstützt haben.Nach unserem spendenaufruf in der letzten NF sind bei uns eingegangen: 2o.-,1o.-,5.5o,3.-,und weitere spenden in höhe von zusammen 6.1o.Dadurch betrug der verlust für die letzte NF immerhin nur ca. 2o.-.Damit arbeitet die zeitung jetzt fast kostendeckend,damit dies allerdings auch in zukunft so bleibt,möchten wir die genossen bitten uns auch weiterhin so tatkräftig zu unterstützen.

liebe grüsse die redaktion

INHALT

S.4-15 Fahrpreiserhöhung
S.16,17 Militarismus
S.18,19 Arbeitsamt

APH Offsetdruck

OFFSET DIN A4 einfarbig:

Auflage	einseitig	Beidseitig
25o	15,5oDM	28,5oDM
5oo	21,5oDM	31,5oDM
1ooo	32,-DM	45,—DM
2ooo	53,5oDM	77,—DM
3ooo	76,—DM	109,—DM
5ooo	118,—DM	156,—DM
1oooo	230,5oDM	303,—DM

Die Preise verstehen sich inklusive wiederverwendbarer Klischeedruckplatten, Papier und allen Nebenkosten. Zur Zeit liegt ein Papierkostenanteil von 15,-DM bei 1ooo Drucken, eventuelle Papierpreiserhöhungen werden zusätzlich berechnet. Bei rein kommerziellen Aufträgen müssen wir Mwst erheben.

Für Genossen gewähren wir Rabatte!!!
Bei bestimmten Projekten, wie Zeitungen, Infos, Broschüren Sonderpreise und Zahlungserleichterungen nach Absprache!
Wir sind in der Lage Fotos selber zu rastern und zu vergrößern, ebenso kann von uns eigenes Bildmaterial zur Verfügung gestellt werden.
Druckausführung auch mehrfarbig möglich!
Dringende Aufträge können sonntags nach vorheriger Absprache sofort ausgeführt werden!!!
Anfragen bitte an die Redaktion oder an:

ANARCHO PRESS HANNOVER
c/o Gerhard Ganserth
3 Hannover Brunnenstr. 23
Telephon 44 55 99

grasWurzel revolution

Für eine gewaltfreie Gesellschaft

LIBERTÄR-SOZIALISTISCHE ZEITSCHRIFT FÜR GEWALTFREIE GESELLSCHAFTSVERÄNDERUNG DURCH MACHT VON UNTEN

Wir bringen zur Anregung von Gruppen Informationen und Aktionsberichte aus dem In- und Ausland über antimilitaristische Arbeit, Basisarbeit im Produktions- und Freizeitbereich Ökologie, 3. Welt, Aufbau von Alternativeinrichtungen, Minderheitenprobleme etc.

Wir versuchen, die Kommunikation zwischen gewaltfreien Aktionsgruppen und Genossen zu ermöglichen und zum Aufbau einer gewaltfrei-revolutionären Basisbewegung beizutragen.

Wir meinen, daß Anarchismus und Gewaltfreiheit untrennbare Kräfte sind und versuchen, durch verständlich geschriebene Artikel die Theorie von libertärem Sozialismus und Gewaltfreiheit zu verbreiten und dadurch Möglichkeiten der Selbstorganisation oder der Mitarbeit in bestehenden Gruppen aufzuzeigen.

Vertrieb durch: Gewaltfreie Aktion Freiburg, c/o H. und B. Schilling, Händelstraße 2e A. PSchK Karlsruhe 991 67-755 (B. Schilling)
Abo-Preis: 6 Nummern kosten 8.-DM plus Porto.

Redaktion: 1ooo Berlin 62, Gesslerstr. 2

Fahrzeit - unbezahlte Arbeitszeit

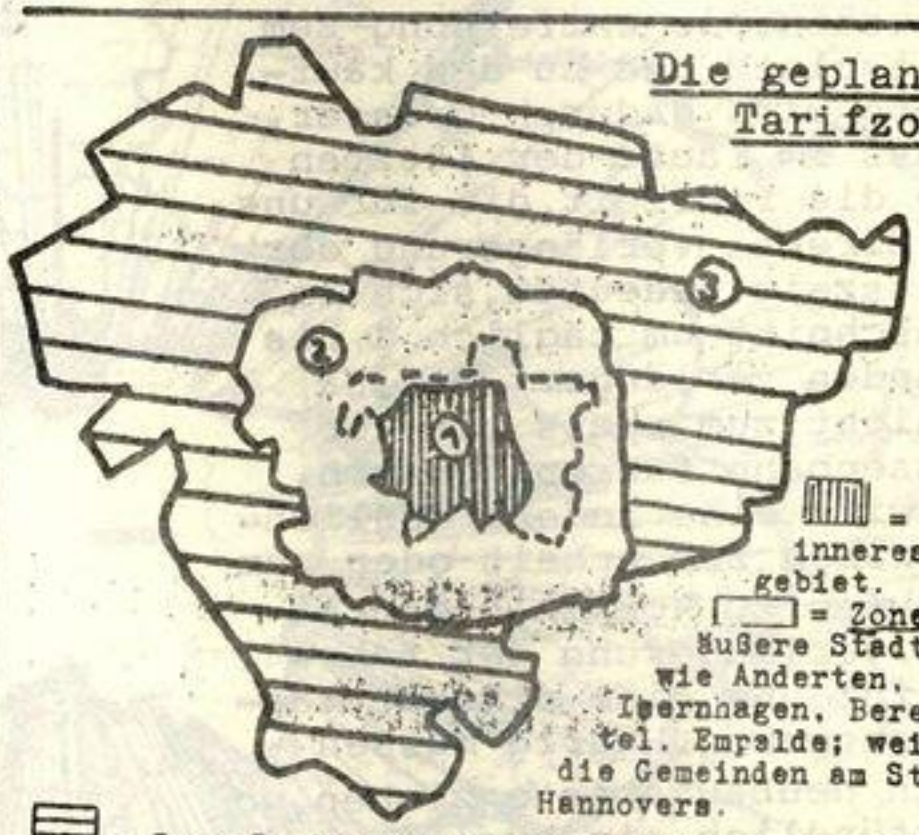
In der letzten NF haben wir bereits über die ersten aktionen gegen die fahrpreiserhöhung berichtet und auch eine erste stellungnahme dazu abgegebeh. Im januar hat sich so einiges an der fahrpreisfront geklärt, so dass wir diesmal einen ausführlichen überblick geben können.

Die fahrpreiserhöhung wurde inzwischen beschlossen.Erwartungsgemäss wurde von der verbandsversammlung am 29.1.75 mit den stimmen von CDU und FDP gegen die SPD stimmen ein entwurf verabschiedet, der bereits anfang januar in der presse veröffentlicht worden war. Damit steht fest,dass die fahrpreise am 1.april erhöht werden. 2 monate später soll die 2.preisstufe eingeführt werden.
Noch etwas zur SPD.Die SPD hat gegen die fahrpreiserhöhung gestimmt,doch offensichtlich nur aus taktischen erwägungen.Die SPD hatte sich vorher ausdrücklich für eine preiserhöhung ausgesprochen,und lediglich den stufentarif abgelehnt.Damit braucht die SPD einmal nicht die verantwortung für die unpopuläre massnahme fahrpreiserhöhung zu übernehmen.Gleichzeitig macht sie sich zum vertreter einer angeblich fortschrittlichen sache: der grossraumtarif,der die pendler den übrigen arbeitern gleichstellt.
Im aufsichtsrat der Üstra,in dem die SPD die mehrheit hat,hat sie inzwischen dem neuen tarif,also auch dem stufentarif,zugestimmt.
Doch ganz gleich,was sich die berufsvolksvertreter in den parlamenten für tarifsysteme ausdenken,es geht in jedem fall zu lasten der lohnabhängigen, die ja bekanntlich nicht in luxus schwelgen,sondern für jede preiserhöhung ein stück des für sie lebensnotwendigen aufgeben müssen.
Die parlamentarier sind sich also einig,dass der kleine mann bezahlen soll.
Wieviel sollen wir bezahlen?
Bisher liegen die einnahmen durch fahrkartenverkauf bei 8o millionen jährlich.Das soll durch die fahrpreiserhöhung um 25% auf etwa 1oo millionen gesteigert werden.Das macht im durchschnitt für jeden fahrgast 1oo mark pro jahr mehr.
Selbst die HAZ konnte nicht umhin diese fahrpreiserhöhung drastisch zu nennen.Und es tröstet nur wenig,dass der löwenanteil "nur" 15%der fahrgäste betrifft,die die 2.preisstufe bezahlen müssen.
Angeblich ist die preiserhöhung durch kostensteigerungen(insbesondere lohnkosten)notwendig geworden.Dies gilt auch für das defizit im nahverkehr der bun-

desbahn,das als hauptargument für den "leistungsorientierten" stufentarif herhalten musste. Wenn wir diese defizite anerkennen,dann müssen wir entweder die fahrpreiserhöhung hinnehmen oder angeben,woher das geld für den nahverkehr sonst kommen soll. Deshalb wird von einigen linken gruppen eine nahverkehrsabgabe gefordert.Kaufhäuser und betriebe,die dadurch,dass aus dem ganzen grossraum die leute billig dorthin fahren können,besondere profite machen,sollen dafür eine extra-steuer entrichten,und damit soll dann das defizit im nahverkehr bezahlt werden.Doch was sind das für defizite?
Die Lohnkosten für die Üstra betrugen 1973 56 millionen.Das bedeutet bei 2280 beschäftigten einen durchschnittslohn von 25ooo mark im jahr.Das liegt weit über dem durchschnittseinkommen der strassenbahnbenutzer und ist offenbar auf spitzengehälter für aufsichtsräte,manager,funktionäre zurückzuführen,da die strassenbahnfahrer auch nicht gerade zu den grossverdienern gehören.
Anlässlich anderer fahrpreiserhöhungen wurde bereits festgestellt,dass durch die ständigen preissteigerungen die zahl der fahrgäste immer weiter sinkt(weil die aufs auto umsteigen).Gleichzeitig wächst der bürokratische wasserkopf. Es wird bei weniger fahrgästen mehr verwaltet.Das liegt daran, dass mehr beamte die karriere- und gehaltsleiter emporklettern als sterben oder pensioniert oder entlassen werden.(vergleiche Parkinsons gesetz).So kommt es, dass die verkehrsbetriebe immer unrentabler arbeiten.Die folge sind weitere preiserhöhungen und rationalisierungen.Man spart arbeitskräfte ein.So wurden in Hannover die schaffner weitgehend abgeschafft. Dafür gibts jetzt die automaten und die fahrer müssen zusätzlich noch fahrscheine verkaufen. Es ist nicht einzusehen,dass für diese entwicklung des nahverkehrs ständig mehr geld bereitgestellt wird.Weder über eine fahrpreiserhöhung noch über eine nahverkehrsabgabe,die zwar von unternehmern erhoben wird,die aber über die preise natürlich auch wir zahlen.

	heute	Preisstufe 1		Preisstufe 2	
Sammelkarte					
Erwachsene	0.75	+15%	0.86	+100%	1.50
Schüler	0.30	+40%	0.43	+150%	0.75
Einzelkarten					
Erwachsene	1.00	+20%	1.20	+100%	2.00
Schüler	0.30	+20%	0.60	+100%	1.00
Monatskarten					
Erwachsene	40.00		40.00	+ 38%	55.00
Schüler	15.00	+20%	18.00	+ 67%	25.00
Rentnerkarten	10.00	+80%	18.00	+150%	25.00

Die geplanten Tarifzonen



= Zone1 inneres Stadtgebiet.
= Zone 2, äußere Stadtteile, wie Anderten, Misburg, Isernhagen, Berenbostel, Empelde; weiterhin die Gemeinden am Stadtrand Hannovers.
= Zone 3 die weiteren Gemeinden im Großraum
--- = Stadtgrenze Hannover

Die Preisstufe 2 wird erhoben, wenn alle drei Zonen durchfahren werden, sonst gilt die Preisstufe 1.

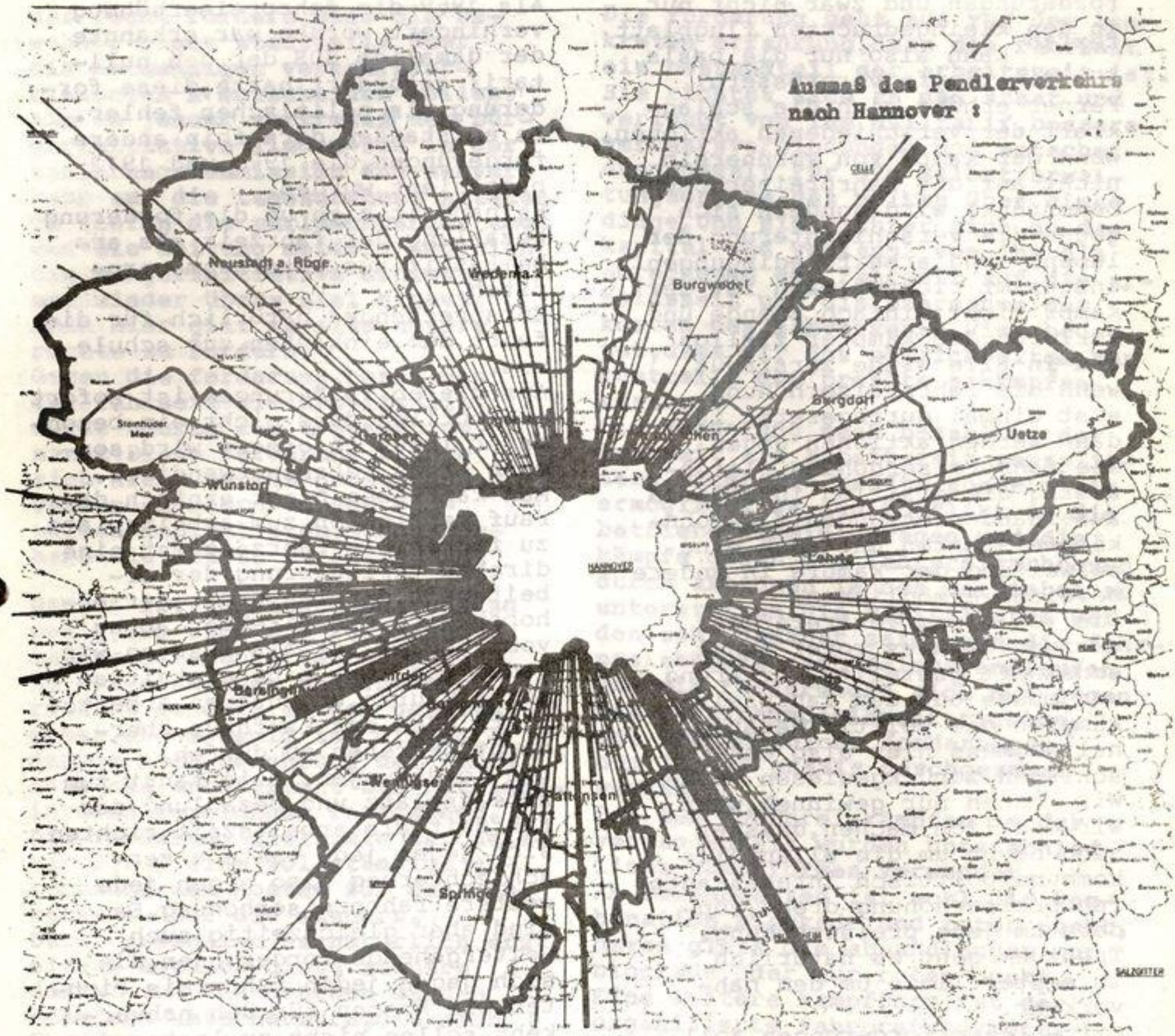
aus einem flugblatt des Glocksee-komitees

Der versuch durch eine nahverkehrsabgabe defizite im nahverkehr zu decken,ist genauso unsinnig wie die hoffnung man könne durch subventionen aus steuergeldern die investitionsfreudigkeit von kapitalisten fördern und damit arbeitsplätze sichern.Die Üstra ist ein kapitalistischer betrieb wie jeder andere.Subventionen dienen daher nur dem einen zweck:profite zu sichern.Da die Üstra kommunalisiert wurde bestehen diese profite allerdings nicht mehr in einer dividende sondern in den spitzengehältern. Ferner bestehen die profite in den investitionen,die zum einen den zulieferfirmen hohe profite sichern und zum anderen ständig die verkehrsverbindungen für kapitalinteressen verbessern.
Es gilt erst einmal den nahverkehr anders zu organisieren,so dass wir nicht all die überflüssigen dinge mitbezahlen müssen wie:den verwaltungsapparat,die kontrolleure, und den volkswirtschaftlichen schwachsinn jährlich 1oo millionen fahrscheine herzustellen,zu vertreiben,abzustempeln und anschliessend als abfall einzusammeln und zu vernichten.

Neben der 25% höheren finanziellen belastung ist der nahverkehr für uns auch in anderer hinsicht teurer geworden.
Da in der innenstadt und den umliegenden stadtteilen immer mehr wohnhäuser abgerissen werden,müssen wir uns wohnungen immer weiter draussen suchen.Die entfernung zum arbeitsplatz und zu den kaufhäusern wird dadurch grösser, so dass im laufe der letzten jahre die fahrzeit,die für uns eine direkte verlängerung der arbeitszeit bedeutet,sich im durchschnitt um täglich 1 bis 2 stunden verlängert hat.Da wir nicht zum spass mit der strassenbahn fahren,sondern, weil wir keine andere möglichkeit haben zur arbeit oder zum einkaufen zu kommen,bedeutet diese verlängerung der fahrzeit für uns eine direkte verschlechterung.Häufig müssen wir in neubaugebiete ziehen,wo nur stündlich ein bus fährt,der auch ab und zu einfach ausfällt. Die verkehrsverbindungen in diesen gebieten ist so schlecht, dass man für eine fahrt innerhalb der stadtgrenzen schon mehr als 2 stunden einkalkulieren muss.

Das kapital reserviert sich günstige verkehrsverbindungen,wir dagegen haben in der nähe unseres wohnorts keinen arbeitsplatz und auch um billig einkaufen zu können müssen wir weite strecken fahren.Andererseits gibt es im stadtkern,in günstiger verkehrslage immer weniger wohnungen,die wir uns leisten könnten. Wir sind auf nahverkehrsmittel angewiesen.

Während jedoch die versprochene entwicklung der neubaugebiete zu vollwertigen stadtteilen auf sich warten lässt,baut man den kaufhäusern die u-bahn direkt in den keller.
Diese mängel im nahverkehr,die wie die preise ebenfalls zu unseren lasten gehen,sind offenbar nicht dadurch zu beheben, dass wir mehr geld in den nahverkehr stecken.Das würde noch nichts an der verwendung des geldes ändern.
Nun,wir wissen natürlich,dass ein nahverkehr,der tatsächlich unseren bedürfnissen entspricht, erst in einer sozialistischen gesellschaft möglich sein wird. Bis dahin gilt es dieses ziel zu fordern und soweit wie möglich durchzusetzen.
Natürlich steht der nahverkehr nicht beziehungslos mitten im raum.Die fahrpreiserhöhung ist nur eine preiserhöhung von vielen.Die erhöhung um 25% nach 3 jahren entspricht etwa 8% jährlich,dies unterscheidet sich nicht von der allgemeinen preisentwicklung.Gerade diese preisentwicklung ist es,die für die lohnabhängigen zu einer verschlechterung der lebenslage führt.Die preissteigerungen können nicht durch lohnkämpfe ausgeglichen werden,im gegenteil,massenarbeitslosigkeit(jeder 2o. arbeiter ist ohne arbeitsplatz),kurzarbeit, umrationalisieren der kollegen auf billigere arbeitsplätze, dies verschärft die materielle situation noch mehr und ist gleichzeitig ein hindernis für arbeitskämpfe,denn jeder,der sich wehrt,muss damit rechnen entlassen zu werden.
Wenn wir uns täglich ein paar stunden in den strassenbahnen wie in sardinenbüchsen zusammenpferchen müssen,dann ist dies eine fortsetzung der verschärften arbeitshetze am arbeitsplatz.(die ist eine folge davon,dass bei steigender produktion die arbeit von weniger arbeitskräften geleistet werden muss)
Was ergibt sich nun aus all dem für die kommenden kämpfe gegen die fahrpreiserhöhung?
Die situation im nahverkehr ist nicht schlimmer als unsere lebens- und arbeitsbedingungen insgesamt.Ist es da überhaupt



Von den schätzungsweise 2ooooo fahrgästen kommt jeder 7. aus der tarifzone 3,die die randgebiete des grossraums umfasst.

sinnvoll,dass man um die fahrpreiserhöhung soviel aufwand treibt,während weit grössere unverschämtheiten des kapitals einfach hingenommen werden? An der demonstration gegen die fahrpreiserhöhung am 28.1.75 beteiligten sich 4ooo leute, es war damit eine für Hannover aussergewöhnlich grosse demonstration.Diese grosse beteiligung ist nicht allein daraus erklärbar,dass die fahrpreiskämpfe in Hannover tradition haben und jedesmal linke aller schattierungen auf den plan rufen.Es liegt daran,dass hier viele leute aktiv werden können,die anders nicht den angriffen des kapitals entgegentreten können. Demobilisierend wäre es also,wenn man die politischen inhalte des kampfes auf die fahrpreiserhöhung und probleme des nahverkehrs beschränken würde.Einige organisationen meinen man könne weitergehende forderungen,die sich auf die gesamte wirtschaftliche situation beziehen,nicht zur voraussetzung für fahrpreiskämpfe machen,da man dadurch viele leute von der beteiligung ausschliessen würde.Doch das gegenteil ist richtig.Durch beschränkung auf die fahrpreiserhöhung werden all die leute ausgeschlossen,die gerade in anderer weise vom kapital angegriffen werden und deshalb in den fahrpreiskämpfen nicht ihre eigenen probleme wiedererkennen.Das aufnehmen weiterer

forderungen und zwar nicht nur in den kleingedruckten flugblatt texten kann also nur die basis für die kämpfe vergrössern.
Ferner erhöht sich die schlagkraft der verschiedenen aktionen.
Wenn der kampf von vornherein nicht auf die fahrpreiserhöhung beschränkt wird sondern sich gegen die verschlechterung der lebens- und arbeitsbedingungen insgesamt richtet,dann ist der kampf nicht einfach zuende und verloren,die kämpfer ziellos und in alle winde zerstreut, wenn die fahrpreiserhöhung erst einmal durchgesetzt ist, dann werden aktionen gegen die fahrpreiserhöhung gleichzeitig die position in anderen auseinandersetzungen(z.b.lohnkämpfe)stärken und auch eine ausweitung der kämpfe in andere bereiche ermöglichen.
Die von einem vertreter des aktionskomitees roter punkt ernsthaft gestellte forderung, man müsse aus den fahrpreiskämpfen die politik heraushalten,muss hier also entschieden zurückgewiesen werden.
Wir können nur gewinnen,wenn wir deutlich machen,dass es sich nicht um die allenfalls kommunalpolitisch interessante fahrpreiserhöhung dreht,sondern um jede preiserhöhung.
Trotzdem geht es natürlich in erster linie um den nahverkehr.
Mit welchen forderungen soll man nun den kampf für eine verbesserung des nahverkehrs führen?
Zum einen will man natürlich möglichst viel fordern.Dagegen steht,dass man viele menschen für diese forderungen gewinnen muss,die forderungen müssen also vermittelbar sein.Ferner sollen langfristige forderungen einen weiterführenden kampf ermöglichen.
Diese bedingungen werden nicht erfüllt von der einfachen forderung,keine fahrpreiserhöhung, oder der radikal klingenden forderung,nulltarif.Bei diesen forderungen bleibt unklar,warum man nicht mehr bezahlen will,es herrschenden leicht forderungen als werk von wenigen uneinsichtigen und berufsdemonstranten hinzustellen und den billigen nahverkehr gegen schulen krankenhäuser usw. auszuspielen.

Als 1969 die fahrpreiserhöhung verhindert worden war,erkannte der damalige SDS,der den nulltarif gefordert hatte,diese forderung als politischen fehler.
Es entstanden daraufhin andere forderungen,die 197o und 1972 propagiert wurden.
Es handelt sich um die forderung bezahlung der fahrzeit als arbeitszeit aus unternehmerprofiten.
Entsprechendes natürlich für die fahrt zum einkaufen,zur schule usw.
Aus diesen forderungen ist sofort ersichtlich,dass nicht ein besonderer luxus gefordert wird,sondern etwas lebensnotwendiges.
Man kann eben nicht einfach darauf verzichten zum arbeitsplatz zu fahren.Die fahrzeit ist eine direkte verlängerung der arbeitszeit,der fahrpreis,der erhoben wird,ein direkter abzug vom lohn.Es ist als müssten wir jeden tag erst eine eintrittskarte kaufen,um unseren arbeitsplatz oder das kaufhaus überhaupt betreten zu dürfen.
Die forderungen,freie fahrt zum arbeitsplatz und bezahlung der fahrzeit als arbeitszeit,richten sich gegen jede weitere verschlechterung also gegen jede weitere fahrpreiserhöhung.Es sind aber gleichzeitig auch weitergehende forderungen,die sich gegen jeden fahrpreis richten.Die kosten für den nahverkehr sollen nicht zu lasten der arbeiter gehen sondern aus unternehmerprofiten bezahlt werden.
Die forderung,freie fahrt zum arbeitsplatz,richtet sich gegen das tägliche verkehrschaos, schnelle verkehrsmittel,wie die u-bahn sollen nicht in den keller der kaufhäuser gebaut werden sondern uns die bequeme fahrt zum arbeitsplatz ermöglichen.
Diese forderungen betreffen übrigens in gleicher weise auch die autofahrer,die immer mehr fürs benzin bezahlen müssen und die sich durch immer stärker verstopfte strassen quälen müssen,und die gern auf ihr auto verzichten würden,wenn die strassenbahnen nicht genauso verstopft wären wie die strasse.
Man wird also bei den aktionen gegen die fahrpreiserhöhung auch konkrete forderungen nach ausbau bestimmter verkehrslinien stellen.Gleichzeitig wird man

das recht fordern,dass die bewohner eines stadtteils über die notwendigen verkehrsverbindungen x entscheiden sollen. Als im januar vertreter der bürgerinitiative linden-süd in der sanierungskommission den nahverkehr auf die tagesordnung setzten da liefen die parlamentarier amok und die zeitung meldete sogleich die bürgerinitiative schiesse mal wieder übers siel hinaus. Auch hier gilt es also unsere rechte zu fordern.
Gegen die forderung,bezahlung der fahrzeit als arbeitszeit, wurde häufig ein argument genannt:Diese forderung richte sich nicht an den grossraumverband sondern an den einzelnen kapitalisten,würde deshalb die kräfte zersplittern.

Darauf ist zu entgegnen,genauso wenig,wie sich die forderung nach einer nahverkehrsabgabe an den einzelnen unternehmer richtet sondern an den gesetzgeber,ebensowenig ist die forderung nach bezahlung der fahrzeit als arbeitszeit auf betriebsinterne regelungen festgelegt. Die forderung zielt,wie der nulltarif,auf eine vollständige abrechnung der kosten für den nahverkehr über die steuern. Dabei erscheint es natürlich erst einmal egal,ob diese steuern direkt von uns erhoben werden oder von unternehmern,die sich über die preise das geld von uns holen.Die forderung nach bezahlung der kosten aus unternehmerprofiten bedeutet also längerfristig eine kontrolle der profite,damit die kosten nicht über die preise auf uns abgewälzt werden können.
Die forderung bedeutet aber auch weit mehr als nur nulltarif.Die fahrzeit soll ja auf die arbeitszeit angerechnet werden und genauso bezahlt werden.Dies ist eine sache der tarifverträge und muss in den tarifverhandlungen durchgesetzt werden.In der tat wird diese forderung bereits bei tarifverhandlungen gestellt.

Die forderung geht aus von der konkreten erfahrung,dass die fahrzeit ein bestandteil der arbeitszeit ist. Sie richtet sich an den staat und verlangt von ihm nulltarif,bessere verkehrsverbindungen und entscheidungsgewalt für die selbstverwaltungsorgane des volkes über diese dinge.Und sie richtet sich an das kapital und verlangt von ihm die anrechnung der fahrzeit auf die arbeitszeit und die übernahme der kosten des nahverkehrs.Dies bedeutet,dass wir uns möglichkeiten zur kontrolle der profite erkämpfen müssen.
Die forderung nach bezahlung der fahrzeit als arbeitszeit zersplittert nicht die kräfte,sondern sie ermöglicht es den konflikt in die betriebe hineinzutragen,und die kämpfe gegen die fahrpreiserhöhung durch aktionen in den betrieben zu unterstützen.Die kapitalisten werden sehr dankbar sein,wenn die fahrpreiskämpfe nach feierabend laufen und die forderungen sich nur gegen das grossraumparlament richten.
Wie können solche forderungen nun in der praxis durchgesetzt werden?
Bei den fahrpreiskämpfen in der vergangenheit wurden unterschiedliche kampfformen verwendet.
Am bekanntesten ist wohl die kombination,blockade und roter punkt, davon gibts die abwandlungen nur blockade oder nur roter punkt.
Eine weitere kampfform ist der organisierte fahrpreisboykott.
1969 wurde zunächst die strassenbahn blockiert und dann mit autos ein ersatzverkehr organisiert ,der rote punkt.Als schliesslich die gesamte bevölkerung die aktionen unterstützte,musste die fahrpreiserhöhung zurückgenommen werden.Immer wenn seitdem irgendwo fahrpreise erhöht wurden,versuchten linke gruppen den erfolg von damals zu wiederholen und versuchten deshalb das erfolgsrezept von damals zu kopieren.Je nach neigung werden dabei schwerpunkte gesetzt.
Militante gruppen halten nur die blockade für wichtig,während legalitätsfixierte gruppen,wie die DKP,allein den roten punkt für entscheidend halten und die blockade sabotieren.
Ist diese kampfform auch heute noch geeignet?

DIE FAHRZEIT AUF DEN ARBEITSTAG ANRECHNEN!

Eine wirksame blockade ist heute nicht mehr möglich.1969 war die polizei unvorbereitet,und konnte deshalb die blockade nicht verhindern.Inzwischen werden zu jeder fahrpreiserhöhung aus ganz Niedersachsen 3ooo polizisten zusammengezogen,die wie sich 7o und 72 gezeigt hat blockade und die einrichtung von rot-punkt-haltestellen wirksam verhindern können.
Selbst in Frankfurt,das uns in bezug auf militante auseinandersetzungen um einiges voraus ist, musste letztes jahr eine blockade nach einer woche ergebnislos abgebrochen werden.
Abgesehen davon kann eine blockade auch niemals unser ziel sein, es kann nicht unser ziel sein die leute,die von der arbeit oder vom einkaufeh kommen und nach hause wollen,aufzuhalten und um ihren wohlverdienten feierabend zu bringen.
Unsere aktionen richten sich niemals gegen das volk.
Ausserdem will man ja nicht die strassenbahn am fahren hindern, im gegènteil,sie soll fahren, bloss eben billiger,am besten umsonst.
Die blockade widerspricht also unseren zielen,zudem ist eine dauerhafte blockade auch nur über ein paar stunden hinweg auf grund der militärischen kräfteverhältnisse nicht möglich.
Wenn die blockade nicht möglich ist,könnte dann vielleicht der rote punkt allein als druckmittel ausreichen?

Wenn eine nennenswerte anzahl von fahrgästen nicht mehr,obwohl es möglich wäre,mit der strassenbahn fährt sondern mit einem rot-pumkt-verkehr, dann wäre der dadurch entstehende einnahmenverlust sicher ein so grosses druckmittel,dass die rücknahme der fahrpreiserhöhungen erzwungen werden könnte.Eine solche aktion müsste allerdings über mehrere monate durchgehalten werden,damit die verluste mindestens jene 2o millionen übersteigen, die die fahrpreiserhöhung an mehreinnahmen bringen sollte.(Dies gilt übrigens auch für den fahrpreisboykott)

Da der rote punkt jedoch völlig zu lasten der autofahrer geht,für die auch kein eigenes interesse besteht,ist nicht damit zu rechnnen,dass ein rot-punkt-verkehr in dem erfordeslichen ausmass durchgehalten werden könnte.
Es ist gut sich vor augen zu halten, warum 69 der rote punkt möglich war. Nachdem die üstra den verkehr einstellen musste,griff die stadt die rot-punkt-idee auf,die hannoverschen tageszeitungen und auch die Bildzeitung druckten rote punkte.Die stadt wollte, dass trotz blockade die leute pünktlich zur arbeit kamen.Der werkschutz mietete busse und sogar NPD-faschisten organisierten rot-punkt-haltestellen.
Voraussetzung für den roten punkt war also die blockade,ferner wurde der rote punkt im wesentlichen nicht von uns sondern von unseren gegnern organisiert.
Auch der rote punkt steht im widerspruch zu unseren zielem.Es kann uns nicht darum gehen durch solche aktionen den individualverkehr aufzuwerten, wir wollen ja gerade das auto raushaben aus dem grosstadtverkehr.Ausserdem kann esx nicht unsere sache sein gemeinsam mit dem werkschutz leute sum arbeitsplatz zu schaffen.

Sinnvoller ist daher ein fahrpreisboykott.Er erfordert von uns auch den geringsten aufwand,wir tun ja nur das,was wir ohnehin immer tun,zur arbeit oder zum einkaufen fahren.Wir boykottieren nur das, was wir ablehnen,den zu hohen fahrpreis.Wir verwirklichen damit direkt unsere interessen.
Ohne erst auf den unsicheren erfolg anderer methoden warten zu müssen.Selbst wenn die fahrpreiserhöhung durchgesetzt wird und wir das geld auch nicht über eine teuerungszulage wieder reinbekommen können,so können wir doch durch den fahrpreisboykott etwas,was heute für uns lebensnotwendig geworden ist:geld sparen.
Die finanziellen einbussen,die durch den fahrpreisboykott entstehen sind auch ein geeignetes druckmittel.Dies sieht man z.b. daran,dass in den letzten jahren immer schärfer gegen schwarzfah-

GELD SPAREN — SCHWARZ FAHREN!

rer vorgegangen wurde.So werden statt wie früher nur ein kontrolleur jetzt schon 4-5 auf einmal eingesetzt,weil das schwarzfahren bereits zu empfindlichen einnahmeverlusten geführt hat.
Wird der fahrpreisboykott organisiert betrieben,dann können damit forderungen durchgesetzt werden.
Es ist die militärische übermacht des staates,die die hoffnung auf eine erfolgreiche blockade zunichte macht.
Kann diese militärische übermacht nicht auch den fahrpreisboykott verhindern?
Die notstandsarmee von 3ooo bullen kann hier wenig ausrichten.Statt dessen werden kleine trupps von zivilbullen versuchen militant gegen leute,die in strassenbahnen flugblätter xx verteilen oder die entwerter ausser betrieb xx setzen,vorzugehen und schwarzfahrer einzuschüchtern.
Aus diesem grund muss der boykott in möglichst grossen gruppen durchgeführt werden.Der staat hat dann nur noch die möglichkeit die strassenbahn ganz mit bullen vollzustopfen,damit kann er dann wiederum keine zahlenden fahrgäste transportieren.Weitere vorteile ergeben sich dadurch, dass man nicht gezwungen ist einen 1oo%igen boykott durchzuführen.Man kann den boykott auf bestimmte tage und auf bestimmte strecken beschränken,die dann in unregelmässiger folge gewechselt werden.Damit weiss die polizei dann nie,wo gerade boykottiert wird.Man kann z.b. auch,wenn es die situation erfordert,denn boykott für 2 wochenn abbrechen und dann wieder aufnehmen.
Die polizei kann auf derartige kampfmethoden nicht mit einer einheitlichen strategie reagieren.
Hier soll nicht das risiko des fahrpreisboykotts verharmlost werden.Man riskiert genauso verprügelt oder festgenommen zu werden,wie etwa bei einer blockade.1972 war der versuchte fahrpreisboykott erfolglos.
Man kann deshalb nur sagen,dass ein fahrpreisboykott dann sicherer und erfolgversprechender wä-
n sich daran ebensoviele genossen beteiligen würden,wie an den demonstrationen und blockadeversuchen.

Natürlich muss der fahrpreisboykott durch weitere aktionen unterstützt werden.z.b.demonstrationen,eventuell kurfristige blockaden,streiks.Der kampf kann in andere bereiche ausgedehnt werden,z.b. hausbesetzungen, mietstreiks,einkaufen zum volkspreis. Dies ist allerdings eine langfristige perspektive und ist diesmal noch kaum zu erwarten.

Wir haben im vorausgegangenen versucht die situation des nahverkehr darzustellen und daraus forderungen abzuleiten,die wir für richtig halten.Ferner haben wir uns für eine bestimmte strategie ausgesprochen,die wir für richtig halten,den fahrpreisboykott.Doch nicht wir entscheiden mit welchen mitteln und forderungen der fahrpreiskampf geführt wird.Welche gruppen bei den fahrpreiskämpfen eine bedeutung haben und welche standpunkte sie vertreten soll deshalb im folgenden gezeigt werden.

Es gibt insgesamt 5 bedeutende komitees mit eigenen politischen vorstellungen,mit einheit ist also mal wieder nichts,
Diese fraktionierungen haben sich im januar herausgestellt und werden voraussichtlich für die dauer der fahrpreiskämpfe bestehen bleiben.Allerdings kann sich an den kräfteverhältnissen noch einiges ändern.
Zu der für den 29.januar angekündigten entscheidung des grossraumverbandes über die fahrpreiserhöhung war eine demonstration geplant worden für den 28.
Um diese demonstration vorzubereiten wurde am 16. ein treffen aller fahrpreiskomitees im jugendzentrum glocksee durchgeführt.
Das treffen wurde tatsächlich von allen fahrpreiskomitees besucht,es waren insgesamt 2oo-3oo leute gekommen.Ziel war es einen gemeinsamen aufruf zur demonstration zustande zu bringen,was nicht gelungen ist.Neben den zahllosen basiskomitees,stadtteile,schulen auch mehrere betriebe,waren die ganzen zentralen komitees und organisationen vertreten,die natürlich für die politischen inhalte der fahrpreiskämpfe letztlich entscheidend sind.

Nicht anwesend waren folgende gruppen:KPD/ML,die vorher vergeblich eine aktionseinheit mit der KPD versucht hatte,und die nun für die fahrpreiskämpfe keine bedeutung mehr hat.Der KB,der den ganzen wirbel um die fahrpreiserhöhung nicht einsieht,und sich deshalb nicht beteiligt(recht hat er).Weiter fehlten diverse hochschulorganisationen:Asta tu,SHB/SF und der SDS,der schon eine beteiligung an der Holger Meins-demo abgelehnt hatte,weil es angeblich nur an der uni fortschrittliche menschen gebe.
Doch nun zu den gruppen,die vertreten waren:die stärkste gruppe war das aktionskomitee roter punkt (DKP),es folgt der KBW mit seinen verschiedenen basiskomitees(Oststadt,IGS-Roderbruch u.a.)
und ferner das komitee,wir wehren uns,im UJZ glocksee(dahinter steckt als politische organisationdie SAG) und dann noch das komitee der KPD,die damals noch mit einer gruppe von spontis,die sich im jugendzentrum kornstr. trifft, zusammenarbeitete.Diese spontigruppe ist inzwischen also die 5.fraktion.Worin unterscheiden sich diese fraktionen?

DKP

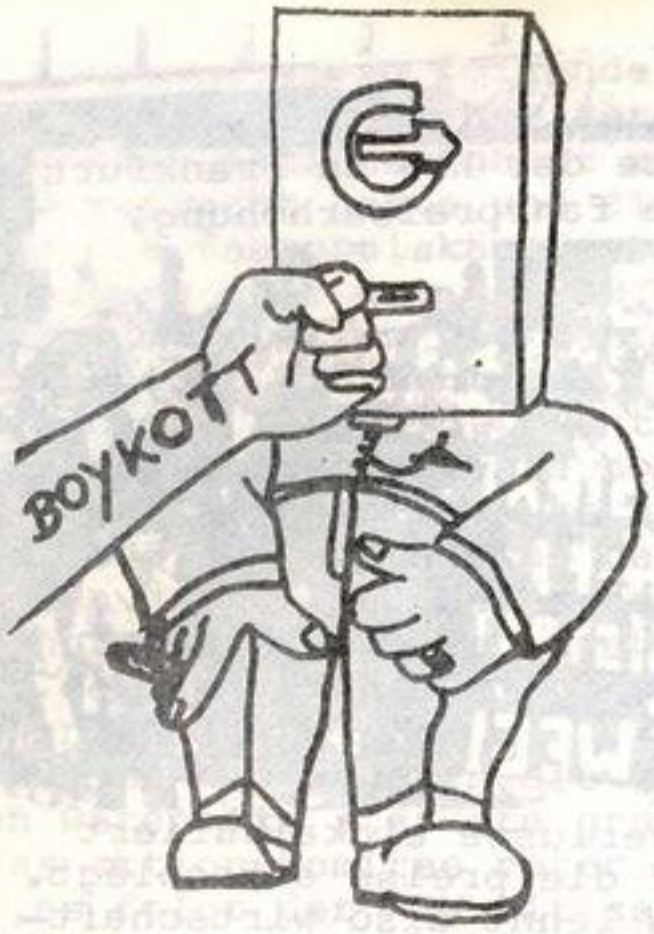
Die DKP vertritt die forderungen, keine fahrpreiserhöhung,kein stufentarif,und die übrigens auch vom DGB geforderte Nahverkehrsabgabe.Weggefallen ist in den letzten flugblättern die forderung nach einer bürgerbefragung.
Da dieses komitee seit 1969 besteht hat man die interessante möglichkeit mit früheren forderungen zu vergleichen.
Der grossraumtarif,der jetzt von der DKP verteidigt wird wurde 197o bei seiner einführung von ihr abgelehnt mit folgender begründung:"Das argument jeder könne jetzt billig in den grossraum fahren,ist nicht stichhaltig:die überwiegende Mehrheit der bevölkerung fährt ohnehin nur mit der Üstra und ist auf andere verkehrsmittel(post,bahn,usw.)für [illegible]fliche zwecke oder für andere [illegible]ndigkeiten des täglichen lebens im allgemeinen nicht angewiesen."
Statt der bürgerbefragung wurde damals noch ein volksentscheid gefordert.Ja sogar den nulltarif (kostenlose beförderung)wollte man.Doch dies ist offenbar lange her.
Die DKP vertritt die strategie von blockade und rot-punkt-verkehr.Allerdings weiss man aus früheren erfahrungen,dass sie für eine blockade ungern die verantwortung übernimmt und deshalb bei den konkreten kämpfen abwiegelt.So hat die DKP 1972 die kämpfe mittendrin abgebrochen, auch jetzt versucht sie wieder abzuwiegeln.Bei der glockseeveranstaltung versuchte ein DKP-sprecher illusionen zu schüren es sei möglich demonstrationen mit 2oooo teilnehmern zu erreichen,wenn man nur in den ersten tagen,wo man noch leicht von der presse als minderheit von berufstörern hingestellt werden könne,auf militanz verzichte.
Das aktionskomitee roter punkt ist wie gesagt die stärkste gruppe überhaupt und kann deshalb auch diesmal ohne weiteres den verlauf der kämpfe bestimmen und auch jederzeit abbrechen.

Das Glocksee-komitee fordert ebenfalls,keine fahrpreiserhöhung, kein stufentarif,nahverkehrsabgabe,und vertritt ebenfalls die strategie von blockade und rotpunkt-verkehr.Dieses komitee arbeitet inzwischen im aktionskomitee roter punkt mit.Es handelt sich jedoch trotzdem um eine eigenständige gruppe.Der unterschied besteht vor allem darin,dass das glockseekomitee im gegensatz zur DKP gewerkschafts-und SPD-bonzen wegen ihrer verantwortung für die fahrpreiserhöhung angreift und zum anderen wird konkret der kampf gefordert.Die parole des komitees:Durch kampf gewonnen-mit kampf verteidigen.
Das komitee ist damit mehr als nur ein anhängsel der DKP.

KBW

So kämpfte der KBW in Frankfurt gegen die fahrpreiserhöhung.

Die zweitstärkste fraktion bildet der KBW.Seine forderungen sind,keine fahrpreiserhöhung, kein stufentarif.Die forderung einer nahverkehrsabgabe lehnt der KBW aus ähnlichen gründen, wie wir sie weiter oben genannt haben,ab.Wie will der KBW diese forderungen durchsetzen?
Der KBW will,dass sich die menschen auf den strassen und den strassenbahngleisen gegen das grossraumparlament zusammenschliessen und ihren willen unmissverständlich klarmachen.
Der KBW lehnt sowohl den roten punkt,wie den fahrpreisboykott ab.Warum?Der bei solchen aktionen entstehende einnahmenverlust ist angeblich kein druckmittel, "da der staat gewisse defizite einkalkuliert und aus steuermitteln ausgleicht".(Fahrpreisbroschüre des KBW).
Ferner weil der rote punkt die leute nach hause schafft,statt sie in die kämpfe(z.b. blockade) einzubeziehen.Der fahrpreisboykott läuft nach auffassung des KBW auf einzelkämpfertum hinaus und zersplittert die kräfte statt den politischen zusammenschluss auf der strasse zu fördern.Auf die frage,ob der KBW denn nun eine blockade für richtig hält(zusammenschluss auf den strassenbahngleisen kann vieles bedeuten)antworteten KBW-mitglieder unterschiedlich in der regel wurde jedoch kurzfristige blockade für richtig und dauerblockade für falsch gehalten.Die fixierung dem KBW auf das grossraumparlament lässt allerdings befürchten,dass der KBW seine frankfurter parolen wieder hervorholen wird(Der magistrat ist reif,der magistrat muss weg) und statt einer blockade lieber mit seinen 5oo anhängern vors rathaus zieht.
Die ansicht des KBW,der boykott sei kein geeignetes wirtschaftliches druckmittel lässt sich übrigens leicht wiederlegen:dann wäre der streik nämlich auch kein geeignetes druckmittel,da der unternehmer gewisse verluste einkalkuliert und auf die preise aufschlägt.
Der KBW lehnt also wirtschaftliche druckmittel ab.Seine gegner in dieser auseinandersetzung sind nicht unternehmer und kaufhausbesitzer sondern die abgeordneten des grossraumverbandes.
Und gegen die hilft nach auffassung des KBW nicht wirtschaftlicher druck sondern nur der politische druck durch die wähler.
In dieser auffassung wird jedoch nicht berücksichtigt,dass die abgeordneten nicht nur dem parlament angehören,sondern gleichzeitig durch aufsichtsrat-und beraterposten,durch aktienbesitz mit der wirtschaft eng verbunden sind,sie sind nicht nur über drei ecken handlanger des kapitals sondern verwirklichen im parlament unmittelbar ihre eigenen wirtschaftlichen interessen.
Es handelt sich um eine einheitliche verwaltungs- und finanzmafia,die dem KBW sehr dankbar dafür sein wird,dass er auf wirtschaftliche druckmittel verzichten will.
Statt streiks gegen die fahrpreiserhöhung schlägt der KBW vor die Abgeordneten des grossraumverbandes zu betriebsversammlungen einzuladen.
Da der KBW die nahverkehrsabgabe ablehnt,arbeitet er nicht mit dem aktionskomitee roter punkt oder dem glockseekomitee zusammen,entsprechende verhandlungen sind gescheitert,er hat inzwischen eine eigene aktionseinheit gegründet.Der KBW hat sich an der demonstration am 28. beteiligt und wird auch sonst gemeinsame aktionen der linken unterstützen,falls er nicht plötzlich auf die idee kommt das grossraumparlament zu stürzen.



Nach den mehrheitsfraktionen DKP und KBW nun zu den beiden minderheitsfraktionen,zum einen das fahrpreiskomitee der KPD und zum anderen die sponti-gruppe,die zunächst in diesem komitee mitarbeitete.
Zentrale forderung des komitees: keinen pfennig mehr als bisher für üstra strom und gas.
Der kampf richtet sich ausdrücklich gegen die verschlechterung der lebens-und arbeitsbedingungen insgesamt.In einem flugblatt des komitees heisst es dazu:
..."es ist borniert,wenn man den kampf nur gegen die fahrpreiserhöhung und für einheitstarif führt ohne die allgemeine verschlechterung der lebens-und arbeitsbedingungen in diesen kampf aufzunehmen."
Dieses komitee vertritt als einziges die forderung,bezahlung der fahrzeit als arbeitszeit.
Als kampfform wird der fahrpreisboykott vertreten.
Es gelang der KPD bereits von mehreren betrieben aus mit den arbeitern boykottfahrten zu organisieren.Das ist immerhin ein erster schritt und weitere werden folgen.Die KPD ist die einzige gruppe die zur zeit konkrete kampfmassnahmen organisiert.
Alle anderen gruppen haben dies auf den 1.april verschoben.
Selbstverständlich soll der boykott nicht das einzige kampfmittel sein.Unterstützt werden die [illegible]ungen und boykottaktionen durch demonstrationen,eventuell kurzfristige blockaden,als zusätzliches druckmittel.
Dauerblockade und roter punkt werden abgelehnt.

Die sponti-gruppe hat etwa 1 monat in diesem komitee mitgearbeitet und sich dann wieder selbstständig gemacht,weil sie die forderung nach nulltarif,die von der KPD abgelehnt wird,für unverzichtbar hielt.Weitere parolen der gruppe:Widerstand ist möglich,und, Die Üstra gehört uns.Vorbild der gruppe:Frankfurt und die zeitung, Wir Wollen Alles.
Oberstes prinzip der gruppe ist der widerstand.Hauptgegner die polizei.Militante auseinandersetzungen werden vor allem von dieser gruppe ausgehen.
Die bürgerliche presse wird auf diese gruppe zurückgreifen,wenn sie des bürgers angst vor chaos und weltuntergang schüren will.
Es ist kein zufall,dass die HAZ zu ihrem bericht über die demonstration am 28. ein bild brachte, das aus dem 4oooleute umfassenden demonstrationszug gerade ein transparent der 5o[redacted] spontis herausgreift,mit der parole,die Üstra gehört uns.
Offenbar kann die zeitung zu recht davon ausgehen,dass sich mit einer derartigen forderung kein leser wird identifizieren können.Mit parolen,die nur für insider verständlich sind,wird das komitee kaum die solidarität der betroffenen fördern,es ist deshalb abzulehnen.
Natürlich meinen wir damit nicht, dass verzicht auf militanz und radikale forderungen uns weiterhelfen könnten,im gegenteil nur wenn wir konsequent unsere interessen nennen und dafür eintreten können wir etwas erreichen.
Bei den spontis allerdings wird widerstand zum selbstzweck,unabhängig von seinen konkreten bedingungen.
Aus all dem folgt bereits,dass wir allein den standpunkt des KPD-komitees für richtig halten.
Wir fordern auf dieses komitee und seine aktionen zu unterstützen.

Das komitee trifft sich regelmässig samstags 15 uhr in der pestalozziklause,pestalozzistr. Hannover-Linden.

Welche erfolgschance haben die fahrpreiskämpfe?
Nach 1969 ist es nicht wieder gelungen fahrpreiserhöhungen zu verhindern,das liegt offenbar daran,dass der staat seitdem dazugelernt hat und auch auf grossen widerstand gut vorbereitet ist.
Trotzdem behaupten einige genossen ein sieg sei möglich und gerade diesmal seien die chancen besonders gut,da eine grosse solidarität und unterstützung von den betrieben aus zu erwarten sei.
Abgesehen davon,dass man uns sowas bislang noch jedesmal gesagt hat,die führer,die uns in die schlacht rufen,immer mit dem sieg locken,diesmal ist tatsächlich mit einer höheren beteiligung zu rechnen.Ein sieg ist allerdings trotzdem unwahrscheinlich.
Ein sieg würde davon abhängen,dass bestimmte kampfformen konsequent durchgeführt werden.Aber mit einer konsequenten blockade ist z.b. nicht zu rechnen,wenn die DKP sich von allen militanten aktionen distanziert und der KBW gegen das grossraumparlament loszieht.
Doch selbst,wenn man annimmt,dass eine mehrheit von demonstranten eine blockade unterstützt,ist es doch unwahrscheinlich,dass die blockade gegen die starken polizeikräfte durchgehalten werden kann.
Der fahrpreisboykott,dem wir mehr chancen einräumen würden,wird leider von den meisten gruppen abgelehnt.

Für die kämpfe zeichnet sich bereits folgendes ergebnis ab:Nach etwa 1 woche kommt das kompromissangebot,dass auf die 2. preisstufe verzichtet wird. Damit werden die kämpfe abgewiegelt. Die 2. preisstufe wird natürlich doch eingeführt,bloss eben ein paar monate später,wenn der widerstand nicht mehr so stark ist.Ein fauler kompromiss als

Man sollte sich über die erfolgschancen also besser keine illusionen machen,trotzdem sollte sich jeder konsequent gegen die fahrpreiserhöhung einsetzen.Es ist gut,dass heutzutage fahrpreiserhöhungen nicht stillschweigend in kraft treten,sondern auf massiven widerstand treffen.

DIE DEMONSTRATION →

Am 28.januar,am vortag der entscheidung des grossraumparlaments demonstrierten etwa 4ooo leute. Aufgerufen hatten alle komitees. Die KPD machte eine eigene kundgebung bereits um 16uhr in der georgstr. ecke packhofstr..
Dann zogen wir nach Linden,um auch dort möglichst viele menschen zu erreichen,an dieser demonstration beteiligten sich 2oo zeitweilig sogar bis 3oo leute.Unter anderem wurde die parole bezahlung der fahrzeit als arbeitszeit gerufen.
Nach einer kundgebung am Küchengarten zogen wir wieder in die stadt,um uns als eigener block der demonstration der anderen komitees anzuschliessen.Trotz der grossen zahl von 4ooo liessen wir uns nicht beeindrucken und blieben zusammen.Der grösste teil war DKP anhängger,auch die parolen der anderen gruppen konnte man mühelos erkennen.Deutliche spuren hinterliess die sponti-gruppe,auf alle strassenbahnen malte sie : nulltarif.
Wir fuhren dann mit der strassenbahn zum haus der jugend bekamen dort einen raum,der ürsprünglich nicht genehmigt worden war,und machten eine diskussionsveranstaltung mit immerhin noch 7o leuten.
Einhellige meinung:trotz der scheinbaren übermacht der anderen komitees soll das KPD-komitee seinen weg fortsetzen.Die 4ooo leute zerfallen in einige fraktionen,die nur zufällig gemeinsam demonstriert haben.Alle anderen organisationen wollen erst wieder am 1.april aktionen organisieren.
Auch dann gibt es bei diesen gruppen keine einheitliche strategie.Nur das glockseekomitee hat ausdrücklich eine dauerblockade zum ziel,allenfalls wird die sponti-gruppe dies noch unterstützen.Die DKP wird eine blockade sabotieren,alle anderen befürworten nur kurzzeitblockade.Unterdiesen umständen aber ist die KPD mehr als nur eine randerscheinung,sondern zeigt mit dem fahrpreisboykott einen weg,der sich eventuell auch gegenüber den anderen methoden durchsetzen kann.
Auf der veranstaltung wurde dann noch über die konkreten erfahrungen beim organisieren von fahrpreisboykotts berichtet.Zum abschluss wurdendann noch die weiteren aktionen des komitees für den nächsten tag geplant

ANTIMILITARISTISCHER KAMPF!

In den nachfolgenden Kurzmeldungen bringen wir Berichte über den "ANTIMILITARISTISCHEN KAMPF". In dieser Ausgabe müssen wir uns leider auf Kurzberichte ohne Einschätzungen, aus Platz- und Zeitmangel beschränken. In einer der nächsten Ausgaben werden wir einen ausführlichen Bericht über die Problematik der antimil. Arbeit veröffentlichen.

Trier/Landau (ID 27.Januar 75)
NACH VERTEILUNG DER SOLDATENZEITUNG VERSCHWUNDEN!!!
zwei französiche soldaten aus trier sind auf mysteriöse art und weise seit einem monat verschwunden. amduse und jose perez beide angehörige der 9. marineartillerie einheit in triwr, wurden zuletzt an der grenze nach luxemburg gesehen, wo sie wegen antimilitaristischer zeitungen verhafte worden sein sollen. die französische armee verweigert jede auskunft.

Darmstadt (ID 7.Februar 75)
VIETNAM-DESERTEURE VERZICHTEN AUF FADENSCHEINIGE AMNESTIE
präsident ford hat in seiner großen güte nicht nur nixon eine amnestie geschenkt, sondern auch tausenden amerikanischen soldaten, die während des aktiven einsatzes in vietnam geflohen sind. an die amnestie dieser soldaten wurden aber verschiedene bedingungen geknüpft. außerfem sollten die soldaten unehrenhaft entlassen werden, was auswirkungen hat auf die chance, einen arbeitsplatz zu erhalten. die frist für die amnestie, in der sich die soldaten melden konnten, war am 31. januar abgelaufen. nach offiziellen armeeangaben haben sich bis dahin von geschätzt 137 ooo möglichen soldaten nur 7400 gemeldet. aus der brd, wo ca. 1ooo kriegsdienstverweigerer und 5oo deserteure vermutet werden, haben sich ganze acht gemeldet.

Frankfurt (ID 6.FEBRAUAR)
PROZESS GEGEN SCHWARZE "AUFSÄSSIGE"
babette peyton, die schwarze ist und der us-armee(97.general hospital) angehört, wird am montag, den 1o. februar in frankfurt vor gericht gestellt. sie gilt als "aufsässig", unter anderem wegen ihrer frisur, die aus vielen zöpfen besteht. als sie zu einem armee-psychiater nach landstuhl geschickt werden sollte, wehrte sie sich mit allen mitteln dagegen und verschwand schließlich, um sich nach zwölf tagen wieder zu stellen. darauf wurde sie zwangsweise dem psychiater zugeführt. das ergebnis: babette peyton ist normal. das gericht verhandelt gegen sie jetzt wegen ihrer frisur und unerlaubter abwesenheit.

Ansbach (ID 31. Januar)
AMERIKANISCHE KRIEGSDIENSTVERWEIGERIN VOR GERICHT!!!
gegen sareta dobbs, die erste frau, die antrag als kriegsdienstverweigerin der us-armee in europa gestellt hat, wurde ende januar in ansbach bei nürnberg verhandelt. sareta dobbs ist der armee freiwillig beigetreten und hat während ihres dienstes erkannt, daß sie einer "killing machine (tytungsmaschine) angehört". in der verhandlung wurde sie gefragt, ob sie bereit sei, anstatt des militärischen dienstes unbewaffneten sanitätsdienst zu tun; dazu ist sie nicht bereit, weil sie nicht leute zusammenflicken will, um sie wieder in den dienst der armee zu stellen. während der verhandlung wurde außerdem bekannt, daß in der us-armee leichtverwundete zuerst behandelt werden, damit sie sofort wieder in den einsatz können. schwerverwundete kommen erst später an die reihe, da sie für den kampf uninterressant sind.

FREISPRUCH FÜR KLAUS ÖLLERER!!!

In den letzten Ausgaben der "NF" hatten wir schon des öfteren über den Prozeß gegen Klaus Öllerer berichtet.
Der Prozeß gegen k.Ö. soll nun doch stattfinden. Seit Sommer 74 droht ihm die Klassenjustis, ihn bis zu 5 Jahre ins Gefängnis zu werfen, weil er während seiner Wehrdienstzeit für den Zusammenschluß der Soldaten gegen Imperialismus, Militarismus und faschistische Unterdrückung gekämpft hat.
Das Landgericht hat im Herbst 74 nur das Verfahren wegen Sachbeschädigung(Kasernen wurden mit Parolen bemalt) aufrechterhalten, die Anklage wegen Wehrkraftzersetzung wurde fallen gelassen.
Das Verfahren wird aber nun doch stattfinden, da die Staatsanwaltschaft durch ihre Beschwerde, der sich das Oberlandesgericht Celle anschloß, stattgegeben wurde.
Die Begründung: 1. Klaus Öllerer sei hinreichend verdächtig, die Wehrkraft zersetzt zu haben; 2. das Parteienprivileg gelte nicht, weil es sich nur auf die Partei selbst, "nicht aber deren Neben-, Hilfs-, Sympathisanten- oder gar Tarnorganisationen", wie den kjv, erstrecke. Außerdem gelte es nicht für die "erst nach und nach aufgedeckte typische Untergrundtätigkeit", wie sie Klaus Öllerer in der Bundeswehr betrieben habe.
SOLIDARITÄT MIT KLAUS ÖLLERER!!!
der Solidaritätsausschuß trifft sich jeden Mittwoch um 19.ooUhr in der Gaststätte "NEUE WELT", Darmstadterstraße.

BRAUNSCHWEIG:
KRIEGSDIENSTVERWEIGERER IN HAFT

Ein opfer des anerkennungsverfahrens für kriegsdienstverweigerer wurde Werner Schulz.
Sein antrag wurde ih den ersten beiden instanzen abgelehnt,daraufhin wurde er,obwohl er beim verwaltungsgericht klage erhob, zur bundeswehr einberufen.(1.1o.74)
Konsequent seinem gewissen folgend weigerte er sich,sich einkleiden und ausrüsten zu lassen und sich am kriegsdienst zu beteiligen.Seitdem sitzt er ständig bei der bundeswehr in haft

eine entlassung aus der bundeswehr,obwohl sie rechtlich möglich wäre,wird abgelehnt.Zu alledem erwartet ihn noch ein strafverfahren,und voraussichtlich eine längere gefängnisstrafe,auch dann wenn er noch nachträglich in der 3.instanz als kriegsdienstverweigerer anerkannt wird.Da die bundeswehr mit allen mitteln versucht seinen widerstand zu brechen,braucht Werner Schulz unsere solidarität.
Es ist gut,wenn er viel post bekommt: Werner Schulz
33 Braunschweig
Heinrich der Löwe Kaserne
2.PzGren.Btl.23

Neuerscheinung: ENDE Februar

APH: ÜSTRABROSCHÜRE

Ende Februar erscheint eine Broschüre über die Kämpfe gegen die Erhöhungen der Nahverkehrstarife in Hannover der Jahr 69, 7o, 72 -74. Eine ausführliche Dokumentation mit Einschätzung der bisherigen Aktionen und eine Entwicklung einer Perspektive für die in den nächsten Monten anstehenden Aktionen.
Die Broschüre wird einen Umfang von ca. 8o - 1oo Seiten DIN A 5 haben und wird 3,-DM kosten. Vorbestellungen an die APH oder die Redaktion.

Wir haben noch geringe Mengen der gesamten bisher erschienenen Ausgaben der "NORDDEUTSCHEN FRESSE" vorrätig. Bezug gegen Vorauszahlung oder dirkt über die Verkäufer der "NF".

Die Broschüre der Wetzlarer Genossen "WAS IST EIGENTLICH ANARCHIE" ist als Neuauflage wieder erhältlich. Preis: 3.-DM ca 1oo Seiten.

ANZEIGE

lest
befreiung
ANARCHISTISCHE ZEITUNG
Seit 26 Jahren
Bezug:
5 Köln 1, Moltkestraße 27

ANZEIGE Best:impuls, 633 Wetzlar, Postf. 1704; 1,-DM
lest die
FREIE presse
libertäres magazin mit nachrichten, informationen und meinungen für jedermann.

KAMPF GEGEN VERSCHLECHTERUNG DER ARBEITS-&LEBENSBEDING...

Die Arbeitslosenquote liegt in Hannover beträchlich über den Werten des Bundesdurchschnittes, dazu kommen noch zigtausende von Kurzarbeitern, vor allem bei VW und im Baugewerbe, dazu kommen noch Massenentlassungen, wie im Eisenwerk Wülfel und bei der NHP.Zur zeit sieht es so aus, daß auf ca jeden 8. Arbeitslosen nur 1 freie Stelle kommt. Welche Funktion hat in einem solchen Fall das Arbeitsamt? Von unserem Lohn bekommen wir jeden Monat neben den erhöhten Steuern und Kranken- und Rentenversicherungen, auch einen doch sehr beträchlichen Geldbetrag für Arbeitslosenversicherung abgezogen, dh dass das Arbeitsamt und das Geld für die Arbeitslosen von unsererem Gehalt bezahlt wird, dass würde aber auch bedauten, dass das Arbeitsamt auch die Interessen der Arbeiter vertreten müßte. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Das Arbeitsamt ist nichts anderes als eine kostenlose Stellen vermittlungsagentur für das Kapital. Statt für arbeitslosse Kollegen ihrer Früheren Arbeit entsprechende Stellen zu vermitteln, versucht das Arbeit amt nur, uns zu verarschen. Als Arbeitsloser muß man sich erst mal durch einen Berg von Formular n durchkämpfen, dann muß man noch bis zu zwei Monaten warten ehe man überhaupt einen Pfennig sieht, außerdem beträgt das Arbeitslosengeld nur 68% vom früheren Nettoverdienst und wird auch höchstens für die Dauer eines Jahres gezahlt. Bei dieser unnötigen Bürokratie verzweifeln oft viele Kollegen und verzichten auf ihr Geld. Besonders Scherwiegende Probleme treten für die ausländischen Kollegen auf, da sie ihre Rechte un die Paragraphen der westdeutschen Bürokratie meistens nicht kennen, außerdem Angst vor diesen Schribtischbonzen haben, gehen sie oft erst gar nicht zu den Ämtern. Weiterhin besteht für die ausländischer Kollegen, die bisher in unberbezahlten Arbeitsverhältnis für den Profit des Monopolkapitals gesorgt haben, die Gefahr, daß sie wenn sie keine neue Arbeit finden, was meistens der Fall ist, einfach nach ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigung abgeschoben werden. Die Kollegen, die es wirklich geschaft haben vom Arbeitsamt Geld zu bekommen, haben meistens kaum die möglichkeit in ihren alten Beruf, bei gleicher Bezahlung wieder einmal zu arbeiten. Dabei versuchen die Arbeitsamtsbürokraten die Kollegen noch möglichst schnell wieder loszuwerden, man versucht ihnen Stellen anzudrehen, bei denen sie wesentlich weniger als vorher verdienen , teils sogar weniger als das Arbeitslosengeld beträgt. Im nachfolgenden bringen wir einen Bericht einer Genossin die selbst die Erfahrungen mit diesen Handlangern des Kapitals gemacht hat.

Für uns gibt es nur eine Möglichkeit sich gegen diesen Terror und gen die Verschlechterung unserer Lebensbedingungen zu wehren: Oraganisieren wir uns in Arbeitslosenkomitees! Ein Treffpunkt des Komitees wird in nächster Ausgabe bekanntgegeben! Interessierte Kollegen wenden sich bitte an die Aph oder die Redaktion.

Nur dann sind wir stark, wenn wir unsere Interessen selbst vertreten, KaMpf dem Ter ror von Kapital und Staat!!!

APH

Seit September 74 bin ich arbeitslos, und bekomme seitdem ca. 650,-DM Arbeitslosengeld. Während der ersten Monate versuchte man mir einige Stellenangebote zu vermitteln, die in etwa mit manchen Abweichungen, mit meiner bisherigen Arbeit, sowohl inhaltlich, als auch finanziell übereinstimmten. Bei den , mir zugewiesenen Adressen wurde ich nicht eingestellt. Also mußte ich wiederholt beim Arbeitsamt erscheinen. Dann begann der Terror der Bürokraten! Die Leute dort warfen mit voller Absicht mir direkt vor, daß ich, da ich bisher nirgendwo eingestellt wurde, wohl zu faul wäre zu arbeiten. Dabei wurde in einer Rechtsbelehrung, die ich unterschreiben mußte, darauf aufmerksam gemacht, daß ich verplichtet sei, jede mir angebotne Stellung zu akzeptieren. Danach hörte ich erst mal drei Wochen nichts mehr vom Arbeitsamt. Danach bekam ich eine erneute Aufforderung zu erscheinen, bei der dann →

der Terror erst richtig anfing: Aufgrund meiner Einladung erschien ich also pünktlich um 15 Uhr. Dort bekam ich also wieder mal den gleichen Scheiß wie bisher zu hören, ob ich mir nun Mal überlegt hätte, ob ich überhaupt arbeiten wollte , etc... Dabei versuchte man mir auch noch klarzumachen, was faktisch falsch ist, das ich nach Ablauf des Arbeitslosengeldes keine Arbeitslosenhilfe beanspruchen könnte. Anschließlich wurde ich in eine andere Abteilung geschickt. Dort kam es dann zu einer sehr harten politischen Diskussion, die eigentlich doch keine war, da dauernd drei Bürokraten versuchten mich niederzuschreien. Zu diesem Termin hatte ich eine Plakette am Mantel, mit der A fschrift: KEINEN PFENNIG MEHR ALS BISHER FÜR ÜSTRA STROM UND GAS - die vom Kommitee Gegen die Erhöhung der Verkehrs- und Versorgungstarife, daß sich jeden Sonnabend in der Pestalozistrasse, in gleichnamiger Straße in Linden um 15.Uhr trifft, herausgegeben wurde. Aufgrund dieser Plakette begannen mir die Bürokraten lautstark vorzuwerfen, daß ich im Arbeitsamt und bei Vorstellungen im Betrieb meine politische Meinung nicht vertreten dürfte und das auch das sogenannte Grundgesetz, das ja formal die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung garantieren sollte, in solchem Fall doch nicht in Frage käme. Außerdem wurde mir von den Bonzen noch erklärt, daß wenn wir mit unserer Einstellung auch Recht hätten, das Kapital am längeren Hebel sitze. Aus solchen Aeußerungen zeigt sich wieder einmal klar die reaktionäre Bürokratie, die von den Geldern, die uns jede Woche vom Lohn abgezogen werden , bezahlt wird!

Weiterhin versuchten sie mich dann noch dahingehend zu beeinflussen, daß sie mir vorwarfen, daß ich un geplegt und gammlig bei den Kapitalisten erscheinen würde, sie meinten doch ernsthaft, daß ich bei meinen Vorstellungen entsprechend teure und modische Kleidund und ebenso Make-up benutzen müßte. Welch ein Schwachsinn von diesen Bürokraten! Das entscheidende war, daß sie mir doch ernsthaft androhten, falls ich ihre vorgenannanten blödsinnigen Bedingungen nicht erfüllen würde, wollten sie meine zur Zeit einzige Einahmequelle, das Arbeitslosengeld, Streichen! Das ließ ich mir natürlich von diesen Bonzen nicht gefallen, ich wies sie darauf hin , daß ich sie in einem solchen Fall sofort vor dem Sozialgericht verklagen würde, außerdem hätten sie mit Demonstrationen im und vor ihrer Behörde durch meine Organisation der Anarchisten Hannovers, vertreten durch die APH und die NORDDEUTSCHE FRESSE zu rechnen! Diesen Form des Protestes schüchterte die Bürokraten ein. Nachdem sie außer diesen Drohungen , mich nocht versuch t hatten mich zu verschaukeln, und zwar in der Form , daß sie mich zu Stell en schickten, wo ich wesentlich weniger verdienen würde, als das Arbeitslosengeld betrug, und die ich natürlich ablehnte.

Als ich heute in Gleicher Erscheinung mit besagter Plakettte w ieder beim Arbeitsamt erscheinen mußte, war die Bürokraten Stinkfreundlich zu mir, scheinbar haben sie doch Angst vor einem massenhaften Protest unsererseits.

Was mir bei meinen "Besuchen" im A-Amt noch besonders aufviel, daß man versucht durch diese Masse von Formularen un bürokratischen Tricks die normalen Arbeiter so zu verunsichern, daß sie freiwillig auf ihr Recht auf Arbeitslosengeld verzichten, bever sie denn Kampf gegen die nur scheinbar unüberwindliche Bürokratie aufnehmen. Im besonderen habe ich mehrere ausländische Kolleginnen gesehen, daß sie heulend rauskamen aus den Büros, nicht nur das man ihnen das Arbeitslosengeld gestrichen hatte, sondern daß sie auch noch vo der Ausweisung aus Westdeutschland bedroht sind.

Die einzige Möglichkeit für uns besteht Darin: Das WIR gemeinsam gegen die Verschlechterung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen! Nehmen wir dann Kampf gegen den Staat und den Kapitalismus auf!

ARBEISTLOSE ORGANISIERT EUCH IN KAMPFKOMMITEES UND VERTRETET EURE EIGENEN INTERESSEN, LASST EUCH NICHT DURCH DAS GESCHWÄTZ DER PARTEIEN VERDUMMEN!!!

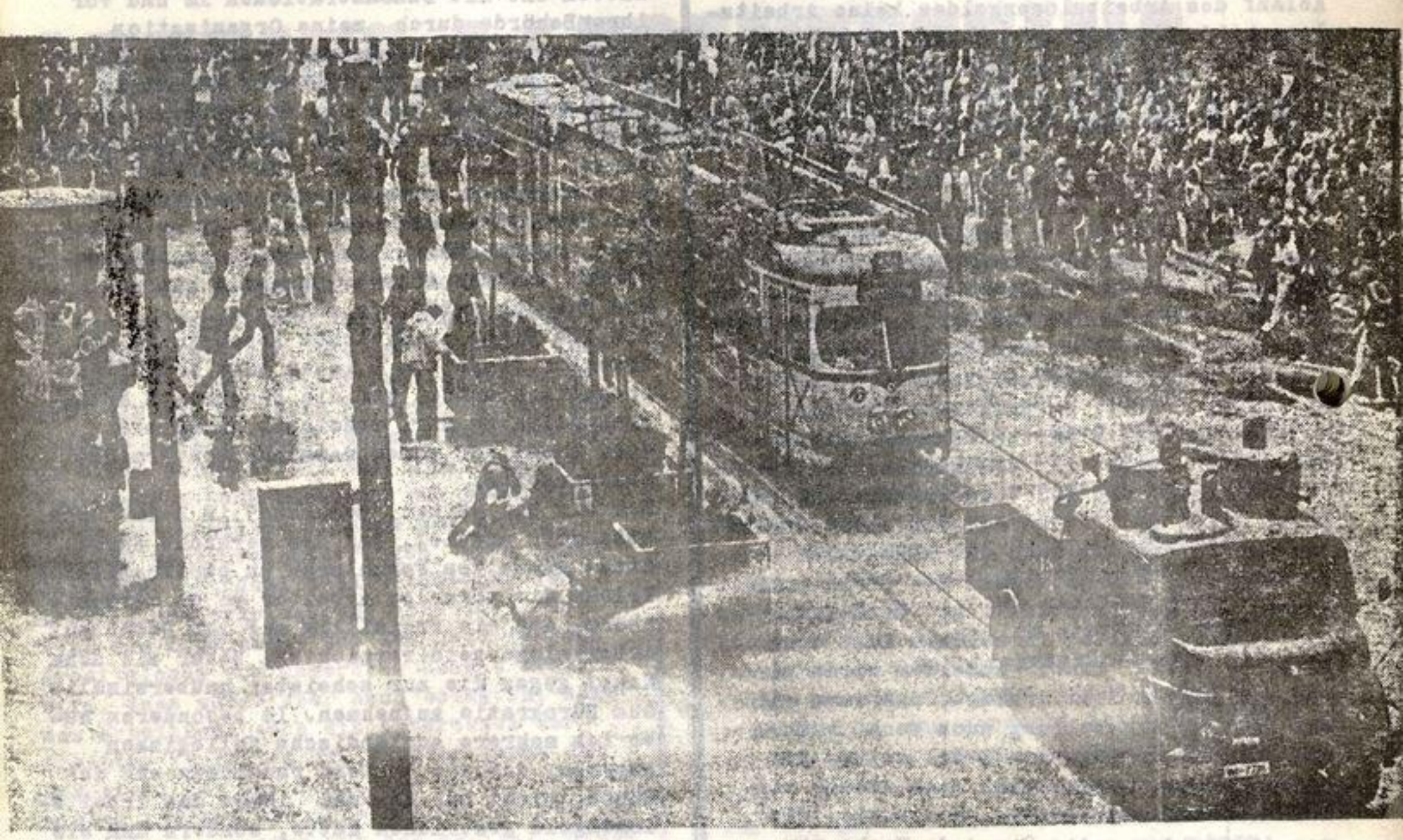
Christine Brohm

GEGEN STAATSBUEROKRATIE -

für die Bildung von ARBEITSLOSENKOMITEES

Nur organisiert können wir unseren Kampf gegen Monopolkapital + Staat erfolgreich führen!

KEINEN PFENNIG MEHR ALS BISHER FÜR ÜSTRA, STROM UND GAS !



Freie

Fahrt

zum

Arbeitsplatz